KOMPAKT

DEUTSCHLAND

NPD-Mann soll wieder abgewählt werden

Der im hessischen Altenstadt-Waldsiedlung zum Ortsvorsteher bestimmte NPD-Funktionär Stefan Jagsch soll wieder abgewählt werden. Einen entsprechenden Antrag hätten sieben von neun Ortsbeiratsmitgliedern unterschrieben, sagte die hessische Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) in Wiesbaden. Die Politikerin, die auch CDU-Kreisvorsitzende in der Wetterau ist, nannte die einstimmig erfolgte Wahl des Rechtsextremisten „inakzeptabel“. Umso mehr sei sie erfreut über die schnelle Reaktion vor Ort mit dem Abwahlantrag. Wann genau die Abwahl erfolgen soll, konnte Puttrich noch nicht sagen. Dabei müsse alles rechtssicher zugehen und geklärt werden, ob Fristen zu wahren sind. Dass die Abwahl nach der Hessischen Gemeindeordnung zulässig sei, hätten Juristen aber bereits geprüft. Dafür sei eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich, die sich schon abzeichne. Jagsch, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Hessen ist, hatte bereits angekündigt, rechtlich gegen eine mögliche Abwahl vorzugehen.

Göring-Eckardt gibt sich „überrascht“

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt hat nicht mit der Kandidatur von Cem Özdemir und Kirsten Kappert-Gonther für den Fraktionsvorsitz gerechnet. „Ich war überrascht, ich habe am Samstag wie alle anderen davon erfahren, dass es diese Kandidatur gibt“, sagte sie. Ex-Parteichef Özdemir und die Abgeordnete Kappert-Gonther hatten am Wochenende angekündigt, dass sie bei der Neuwahl des Fraktionsvorstands am 24. September gegen Göring-Eckardt und Anton Hofreiter antreten wollen. „Erst mal ist es ein Wettbewerb, der ist gut“, sagte Göring-Eckardt.

AFGHANISTAN

Sorge vor mehr Gewalt nach Gesprächsstopp

In Afghanistan wächst nach dem Abbruch der USA-Taliban-Gespräche die Furcht vor einer Eskalation der Gewalt im Land. Dem afghanischen Politikwissenschaftler Ahmad Saidi zufolge stehen den radikalislamischen Taliban zwei Wege offen. Sie könnten ihre Fehler wie die ausufernde Anwendung von Gewalt einsehen und zurückrudern – oder aber ihren Aufstand und die Kämpfe verstärken, sagte Saidi. Eine Taliban-Fraktion soll sich Beobachtern zufolge bereits seit Längerem für eine Verstärkung der Kämpfe aussprechen. Taliban-Hardliner seien, angespornt durch militärische Erfolge in den vergangenen Monaten, bereits zuvor dafür eingetreten, die USA-Taliban-Gespräche fallen zu lassen und Kabul und seine Verbündeten militärisch in die Knie zu zwingen. Ein Taliban-Anhänger hatte den Tweet von US-Präsident Donald Trump über den Abbruch der Gespräche am Sonntag mit einem Smiley und einem hochgereckten Daumen geteilt. Trump hatte kurz vor einem erwarteten USA-Taliban-Abkommen über Wege zu Frieden überraschend erklärt, er habe weitere Taliban-Verhandlungen wegen eines Anschlags in Kabul abgebrochen.

ISRAEL

Keine Kameras in den Wahllokalen

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist mit seinem Wunsch nach Kameras in Wahllokalen gescheitert. Ein Parlamentsausschuss lehnte den Vorschlag ab, bevor er das Plenum erreichen konnte. Nach Darstellung von Netanjahu-Anhängern hat es in arabischen Wahllokalen Betrug gegeben, weswegen er die Kameras forderte. Netanjahu hat seine Widersacher beschuldigt, sich verschworen zu haben, um die Wahl zu „stehlen“. In einem Video deutete er an, Fälschung durch Araber sei der Grund, warum er im April nicht die Wahl gewann. Kritiker warfen ihm vor, Rassismus und Hass auf die arabische Minderheit zu schüren. In Umfragen liegen Netanjahus Likud und die aussichtsreichste Oppositionspartei Blau und Weiß vor der für den 17. September geplanten Neuwahl annähernd gleichauf.

PETER ROGGENTHIN

Als „grünes Gewissen der CSU“ bekannt: Förster Josef Göppel in seinem Lieblingswald bei Ansbach

„Union ist drauf und dran, das Lebensgefühl der Menschen zu verlieren“

CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer sieht den Klimaschutz in der „DNA“ der Union. CSU-Umweltpolitiker Josef Göppel widerspricht: Er hatte jahrzehntelang vergeblich versucht, das Thema voranzutreiben

Josef Göppel trat 1970 in die CSU ein, als in Bayern das erste Umweltministerium in Deutschland gegründet wurde. Immer wieder glaubte Göppel in den folgenden Jahrzehnten, dass der Umweltschutz endlich zum Kernanliegen der Union werde. Immer wieder wurde er enttäuscht. Dass die CDU-Chefin heute behauptet, Klimaschutz liege schon immer in der DNA der Partei, weist er als falsch zurück. Als „grünes Gewissen der CSU“ wurde er in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter ab 1994 und als Bundestagsabgeordneter zwischen 2002 und 2017 tituliert. Der Förster stimmte unter anderem gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke.

VON THOMAS VITZTHUM

WELT: Herr Göppel, beim „Werkstattgespräch Klimaschutz“ sagte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, der Klimaschutz liege schon immer in der DNA der Union. Hat sie recht?

JOSEF GÖPPEL: Das deckt sich nicht mit meiner Erfahrung in vier Wahlperioden im Bundestag. Das stimmt einfach nicht. In der Union war gegenüber dem Klimaschutz lange eine bremsende Haltung vorherrschend. Wenn ich mich zurückerinnere, ist in der Partei das Stichwort Klimaschutz zum ersten Mal 1985 aufgetaucht. Damals war der CSU-Politiker Alois Glück Vorsitzender des Umweltarbeitskreises der Partei und veranstaltete in München eine Tagung zum Klimaschutz. Die meisten Mandatsträger betrachteten das als eine Fachveranstaltung unter vielen. Jetzt haben wir 2019. Es hat eine ganze Generation gedauert, bis das Thema breit verankert wurde.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble erinnerte in seiner Einführung an den CDU-Politiker Herbert Gruhl. Der prägte mit seinem Buch „Der Planet wird geplündert“ Ende der 70er-Jahre eine ganze Generation. In der Union hatte er es aber schwer. Haben Sie das Buch gelesen?

Natürlich! Ich hatte auch persönlichen Kontakt mit Gruhl. An Gruhl wurde ich auch später erinnert. Fraktionschef Volker Kauder sagte zu mir einmal nach einem meiner Beiträge in der Bundestagsfraktion: „Schauen Sie, Herr Göppel, Ihnen geht es doch gut. Sie werden wenigstens nach Ihren Beiträgen nicht rausgeworfen wie Herr Gruhl.“ Das war der Trost dafür, dass das, was ich sagte, keinen Widerhall fand. So ging es oft und oft, bis in die jüngste Zeit.

War Gruhls schwieriger Charakter mit schuld, dass das Umweltthema in der Union nicht ankam?

Hätte die Union auf ihn gehört, sie wäre heute eine andere Partei. Aber natürlich hatte Gruhl seine Schwächen. Rückblickend war es aber falsch, ihn aus der Partei zu drängen, manche haben das nachträglich bedauert. Doch das hat eben nicht dazu geführt, dass die Vorstöße nachfolgender Umweltpolitiker mehr Aufmerksamkeit bekommen hätten.

Wann dachten Sie: Jetzt bekommt meine Partei die umweltpolitische Kurve?

Bei der CSU hatte ich früh dieses Gefühl. 1970 wurde das erste Umweltministerium überhaupt gegründet. In Bayern. Die Bewegung hatte die ganze Partei erfasst, aber sie hielt nicht lange an. Anfang der 80er prägte das Waldsterben die Diskussionen. Damals wurde über Katalysatoren und Entschwefelungsanlagen gesprochen. Der Moment, wo ich wieder dachte, jetzt ändert sich was, war, als sich die Autoindustrie nach anfänglicher Ablehnung plötzlich hinter die neuen Maßnahmen stellte. Doch ich habe mich getäuscht. Auch diese Welle ebbte wieder ab. Dann kam in den 90ern die Umweltkonferenz von Rio. In fast jedem Landkreis wurden Agenda-21-Gruppen gegründet. Es gab sie nicht lange. Fünf oder sechs Wellen habe ich sicher erlebt. Natürlich kam man dabei auch immer wieder ein Stückchen voran. Aber die schädigenden Entwicklungen waren immer wirkmächtiger, etwa die Plastikflut, die zunehmende Bodenversiegelung. Wir sind nicht zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstil gekommen.

Hält die jetzige Welle an?

Sie ist auf jeden Fall breiter im Volk verankert. Und politisch kommt noch etwas hinzu, gerade in Süddeutschland. Die Grünen sind in den ländlichen Räumen drauf und dran, das Heimatgefühl zu übernehmen. Und da wird es für die Union höchst gefährlich.

Auch heute ist wieder vom Waldsterben die Rede. Bringt der Wald, der für eine deutsche Befindlichkeit steht, wieder einmal eine Bewusstseinsveränderung?

Das Waldsterben wirkt tatsächlich sehr stark, gerade in der ländlichen Bevölkerung. Die Leute sehen ja, wie ihr Wald sich verändert. Die CSU – für die CDU gilt das genauso – mit ihrer technik- und fortschrittsbezogenen Ideologie ist drauf und dran, das Lebensgefühl der Menschen zu verlieren. Das hat Ministerpräsident Markus Söder gemerkt und steuert um.

Nehmen Sie Söder seinen umweltpolitischen Impetus ab, oder halten Sie ihn für rein taktisch begründet?

Er ist in jedem Fall vom Machterhalt her begründet. Aber entscheidend sind die Maßnahmen, die durchgeführt werden. Für die Maßnahmen ist es unerheblich, aus welcher Motivation heraus sie geschehen. In meinem Umfeld in Süddeutschland gibt es schon viele, die sagen, dann können wir gleich beim Original, den Grünen, bleiben. Das politische Ringen, wer letztlich das Lebensgefühl besser ausdrückt, ist aber noch offen. Das hat Söder früher als andere erkannt. Ich saß mit ihm zusammen zwischen 1996 und 1998 in einer Enquetekommission im bayerischen Landtag. Da war er noch ganz jung. Manche Maßnahme, manche Floskel, die ich jetzt von ihm höre, stammt aus dieser Zeit. Da sieht man, wie wichtig es ist, wenn jüngere Politiker eine Weile mit Fachleuten zu tun haben und etwas lernen.

Welche Maßnahmen etwa?

Söder spricht davon, dass Bayern 1500 Windkraftanlagen brauche. Im Moment haben wir 900. Von den 1500 Anlagen war zum ersten Mal in dieser Kommission die Rede.

Sie kennen die Mitglieder von CDU und CSU. Könnten die sich als Bremser erweisen? Die Grünen, das ist doch für die meisten, gerade ältere Unionisten, immer ein Antagonismus gewesen.

Die Bremser sind nicht am Lebensalter festzumachen. Wer da in der Jungen Union nachkommt, ist zum Teil vollkommen mechanistisch und technisch ausgerichtet. Da spüre ich eine Technikgläubigkeit, die mir Angst macht. In der Unionsmitgliedschaft gibt es bei den einen eine konservative Grundhaltung, die mit Naturliebe und Heimatverbundenheit einhergeht. Auf der anderen Seite gibt es aber eine Mehrheit, die von der Ökonomie herkommt, die ungebrochen fasziniert ist vom technischen Fortschritt, vom Gedanken des ewigen Wachstums.

Die Union setzt jetzt beim Klimaschutz wieder auf den Fortschritt. Deutschland setzt auf Innovationen, die erst noch kommen müssen. Das kritisieren Sie?

Darin drückt sich die trügerische Hoffnung aus, notwendige Veränderungen vornehmen zu können, ohne dass es jemandem wehtut. Wolfgang Schäuble hat eine wichtige Warnung ausgesprochen. Er sagte, man dürfe nicht nur dem Markt vertrauen. Er hat recht. Schon als Fraktionsvorsitzender sagte er in den 90er-Jahren, dass die Energie zu billig sei. Das war visionär. Es braucht auch Verbote. Nehmen wir das Tempolimit. Da denkt die Union, die Leute wüssten schon, dass sie nicht rasen dürfen. Aber es gibt trotzdem viele Raser. Ein Tempolimit, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 auf Autobahnen gehört für mich einfach zu einem Klimakonzept dazu. Wir nennen uns als Union die Partei der Ordnung. Ich fordere ein, dass die Ordnung sich nicht nur auf Außengrenzen und Flüchtlinge bezieht, sondern auch in Bezug auf Umweltfragen im eigenen Land.

Sind die Bürger denn bereit, Verbote, Einschränkungen hinzunehmen?

Die Einsicht, dass sich etwas ändern muss, ist heute viel stärker ausgeprägt als noch vor zehn Jahren. Es ist ein Zustand erreicht, dass auch an Biertischen und auf Familienfeiern über Klima geredet wird. Das war früher nicht der Fall.

Bewundern Sie Greta Thunberg?

Bewundern wäre zu viel gesagt. Ihre Initiative freut mich schon. Sie hat wesentlich zur Verbreiterung des Problembewusstseins beigetragen.

Kommt da bei Ihnen nicht der Gedanke auf, warum schafft eine Schülerin etwas, was ich als Politiker nicht vermocht habe?

Ich habe mich bemüht, mit Vorstößen in der Bundestagsfraktion vor versammelter Mannschaft, einschließlich Angela Merkel. Aber ich bin nur millimeterweise vorangekommen. Ich muss ohne Neid anerkennen, dass die Bewegung der jungen Leute mehr als ein paar Millimeter bewegt hat. Ich habe es sehr bedauert, dass meine Partei diese Bewegung lange nur dafür kritisiert hat, dass einige für die Demonstrationen die Schule schwänzen. Das zeigte die gefühlsmäßige Aversion meiner Partei für das Klimathema. Wir arbeiten noch an uns.

Nun scheint Konsens, dass der nationale Handel mit CO_2-Zertifikaten die beste Lösung ist. Halten Sie die Methode für die beste?

Nein. Ich war an der Einführung des europäischen Zertifikatehandels beteiligt. Wir haben das im Umweltausschuss diskutiert und behandelt. Das Argument, warum der Handel nur auf große Industrieunternehmen angewandt wurde, ist immer noch stichhaltig. Man kann einen solchen Handel nur mit wenigen Individuen organisieren. Wir haben in Deutschland aber 28 Millionen Gebäude und 50 Millionen Autos. Die Individuenzahl ist also unendlich viel größer als im Falle der Industrie. Deshalb hieß es vor einigen Jahren, man könne diese vielen Beteiligten nicht ohne gewaltige Bürokratie in den Griff bekommen. Nun versuchen wir genau das. Das wird ein bürokratisches Ungetüm, und das wird auf die Union zurückschlagen.

Also doch besser eine CO_2-Steuer?

Die CO_2-Steuer wäre jetzt eindeutig das richtige Instrument.

Warum haben Sie Ihrer Partei eigentlich die Stange gehalten?

Ich stamme aus einer kleinen fränkischen Bauernfamilie. Beständigkeit ist für uns ein hohes Gut. Und der Glaube, dass es woanders auch nicht unbedingt besser ist. Man muss an dem Platz, wo man steht, das Beste schaffen.